

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 51 (2024)
Heft: 5: Wald, Weite - und Widerstand : im Gegenwind durch den rebellischen Jura

Artikel: Grosses Feilschen um Milliardensummen
Autor: Wenger, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grosses Feilschen um Milliardensummen

Die Armee soll mehr Geld erhalten. Gleichzeitig will der Bund sparen, weil in den nächsten Jahren Defizite erwartet werden. In der Schweiz wird gerade hart um die Bundesfinanzen gerungen.

SUSANNE WENGER

Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) warnt und mahnt unablässig. «Die Bundesfinanzen sind aus dem Lot», sagte die Bundesrätin schon Anfang Jahr. Beim Budget fürs kommende Jahr, das sie vor den Sommerferien vorlegte, wird der Bundeshaushalt schon mal um über 2 Milliarden Franken entlastet. Verschiedene kurzfristige Massnahmen tragen dazu bei, unter anderem lineare Kürzungen quer durch die Departemente (die auch die «Schweizer Revue» zu spüren bekommt, siehe Seite 33).

Dass der Voranschlag 2025 – bei Einnahmen von 85,7 Milliarden Franken und Ausgaben von 86,5 Milliarden Franken – nur ein geringes Defizit aufweist, ist zudem höher geschätzten Einnahmen aus der Bundessteuer zu verdanken. Doch laut Keller-Sutter geht das Sparen jetzt erst richtig los. Ab dem Jahr 2027 drohen gemäss bundesrätlichem Finanzplan strukturelle Defizite von 2,5 Milliarden Franken. Strukturell heisst: Die Fehlbeträge sind nicht konjunkturbedingt. Dies aber verletzt laut der Finanzministerin die Schuldenbremse, die die Schweiz 2003 per Volksentscheid eingeführt hat.

Sparen – aber wo?

Verantwortlich für die nun drohenden roten Zahlen sei «das hohe Ausgabenwachstum», betont Keller-Sutter. Es müsse gebremst werden. Doch wo konkret? Zwei Drittel der Bundesaussgaben sind gesetzlich gebunden, und einflussreiche Lobby-Gruppen im Parlament wissen das eigene Gärtchen erfahrungsgemäss vor Kürzungen zu schützen. Die Parteien sind sich zudem uneins, wie rigide die Schuldenbremse gelten soll. Während bürgerliche Kräfte sich für eine strikte Haushaltsdisziplin einsetzen, sieht die Linke Spielraum.

Fest steht: Die Schuldenquote der Schweiz, also das Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt, ist in der Corona-Pandemie wieder angestiegen. Doch in den zwanzig finanziell stabilen Jahren davor waren Schulden nicht nur vermieden, sondern sogar abgetragen worden. Die hiesige Schuldenquote bleibt im internationalen Vergleich tief. Dem gescholtenen Ausgabenwachstum stünden ausserdem Werte gegenüber, kontern Keller-Sutters Kritiker: soziale Sicherheit, eine gute Infrastruktur.

Entwicklungshilfe im Visier

Über all dies wird in Bundesbern seit Monaten kontrovers diskutiert, inklusive parlamentarischer Schnellschüsse und fehlgeschlagener Tauschgeschäfte, auch «Kuhhandel» genannt. Weltbilder prallen aufeinander, geht es doch stark auch um die internationale Sicherheitslage und Zu-

sammenarbeit. Inmitten von Sparappellen will die Parlamentsmehrheit die geplante Erhöhung des Armeebudgets um vier Milliarden Franken schon bis 2030 umsetzen, rascher als ursprünglich beabsichtigt. Denn das sicherheitspolitische Umfeld habe sich vorab durch den Ukraine-Krieg verschlechtert. Geht es nach dem Willen des Ständerats, sollen die Mehrausgaben zur Hälfte bei der Entwicklungshilfe kompensiert werden. Diese habe in den letzten Jahren mehr Geld erhalten, lautete die Begründung, zudem seien nicht alle ihre Projekte wirksam.



Finanzministerin Karin Keller-Sutter in der Rolle der Mahnerin: Das Sparen, sagt sie, gehe erst richtig los. Foto Keystone

Geld umlagern von den Ärmsten zur Armee: Das würde umso stärker ins Gewicht fallen, als der Bundesrat seinerseits vorsieht, in den nächsten vier Jahren einen Teil der Hilfsgelder für die Ukraine bei der Entwicklungshilfe abzuwickeln. So stiess der ständerätliche Entscheid vom Juni auf breite Kritik, nicht nur bei der Linken und Entwicklungsorganisationen, auch etwa bei der Gesellschaft für Aussenpolitik und der Staatssekretärin für Wirtschaft. Entwicklungszusammenarbeit sei ebenso Teil einer weitestgehenden Sicherheitspolitik, wird argumentiert. Die weltweite Solidarität der Schweiz stehe auf dem Spiel.

Heisser Finanzherbst

In der Herbstsession im September wollte der Nationalrat über das Armee-Geschäft befinden (nach Redaktionsschluss der «Schweizer Revue»). Zudem sollten im Hinblick auf die Haushaltssanierung Vorschläge einer vom Bundesrat eingesetzten externen Gruppe von Expertinnen und Experten auf den Tisch kommen. Diese durchforstete seit dem Frühling sämtliche Aufgaben und Subventionen des Bundes. Vom Bund einberufene Runde Tische folgen, und in der Wintersession des Parlaments im Dezember werden die wichtigen Entscheide fallen. Die Schweiz erlebt einen heissen Finanzherbst und -winter.

Der Beitrag gibt den Stand der Dinge bei Redaktionsschluss am 26. August 2024 wieder.